

TOP

Vorlage-Nr. 0545 / 2019

Ortsbeiratsfraktion
Mainz-Lerchenberg

24. 2. 2019

Antrag zur Ortsbeiratssitzung am 28. 3. 2019

Einrichtung eines Stadteilladens im Einkaufszentrum

Wir bitten die Stadtverwaltung, im Einkaufszentrum Mainz-Lerchenberg ein Ladenlokal anzumieten und darin einen Stadteilladen einzurichten,

- in dem Informationen über die Entwicklung und den Fortgang der Umgestaltungsmaßnahmen des Einkaufszentrums im Kontext der Sozialen Stadt abrufbar sind;
- in dem Sprechstunden des Quartiersmanagement angeboten werden könnten und in dem das Quartiersmanagement seine notwendige Präsenz im Fördergebiet zeigen könnte;
- in dem Sprechstunden des Jobcenters oder der Kammern angeboten werden könnten;
- in dem die Kirchen und andere soziale Institutionen und Organisationen des Stadtteils ihre Angebote präsentieren könnten und beraten könnten;
- in dem in der Nachfolge des Quartiersmanagements eine evtl. zu etablierende Gemeinwesenarbeit ihre Arbeit sozialräumlich verorten und bündeln könnte.

Zumindest für die Zeit, in der das Bürgerhaus als zentraler Ort der Verwaltung, der Vereine und der Institutionen und sozialen Organisationen und Einrichtungen nicht zugänglich ist, sollte ein solcher Stadteilladen diese Funktionen wahrnehmen.

Begründung

Die Begründung folgt den oben angeführten Spiegelstrichen.

- Bei allem, was im Stadtteil an Maßnahmen im Rahmen des Programms Soziale Stadt bereits realisiert wurde und jetzt auch durch die Zusagen der Fördergelder

erreicht werden soll - das Programm leidet unter der mangelnden Transparenz der Informationen über die Entwicklung und des Fortgangs der Umgestaltungsmaßnahmen des Einkaufszentrums als des Kerngebietes der Sozialen Stadt. Wo die sozialen Akteure im Stadtteil offensichtlich in diese Informationspolitik eingebunden sind - die Bürgerinnen und Bürger sind es nicht. Ein niedrigschwelliger Zugang zu diesen Informationen, der auch Bürgerinnen und Bürger einbinden könnte, die ansonsten keinen Zugang zu Informationen haben, wäre ein offenes Angebot vonnöten, das in einem solchen Stadteilladen realisiert werden könnte.

- Die Sozialraumanalyse macht deutlich, wie schwierig die Integration von Jugendlichen mit einer Migrationsgeschichte in den Arbeitsmarkt durch Berufsberatung und Berufsqualifizierung ist. Diese Jugendlichen benötigen einen anderen Zugang zu den arbeitsmarktpolitischen Akteuren wie dem Jobcenter oder den Kammern. Der Großteil dieser Jugendlichen wohnt im Fördergebiet der Sozialen Stadt.
Ein solcher Zugang wären z. B. Sprechstunden des Jobcenters oder Beratungsangebote der Kammern in einer sozialräumlich vertrauten Umgebung vor Ort wie in einem solchen Stadteilladen im Einkaufszentrum.
- Soziale Organisationen und Kirchen decken jetzt bereits Beratungs- und Hilfebedarfe ab, die vor allem jene Bevölkerungsgruppen benötigen, die auch die Zielgruppen des Programms Soziale Stadt sind. Ihnen eine Möglichkeit eines niedrigschwelligen Zugangs zu solchen Beratungsangeboten in einem Stadteilladen zu geben, wäre im Vorfeld einer zu etablierenden Gemeinwesenarbeit von zentraler Bedeutung für die soziale Integration dieser Bevölkerungsgruppen.
- Eine solche Gemeinwesenarbeit ist in der Regel die Folge eines ausgelaufenen Förderprogramms; denn dass das Förderprogramm ausgelaufen ist, bedeutet nicht, dass die Entwicklung der Quartiere damit abgeschlossen wäre. Über die angestrebte Integration der Sozial- und Jugendarbeit im Stadtteil unter das Dach der von der Stadt finanzierten Gemeinwesenarbeit hinaus ist ein Ansatz erforderlich, der die Idee der Sozialen Stadt weiterentwickelt und die Aktivierung der Bewohnerschaft als zentrale Ressource der Entwicklung des Gemeinwesens betrachtet.
Eine solche Gemeinwesenarbeit könnte sich bereits jetzt in einem solchen Stadteilladen etablieren und seine Aufgabe in Kooperation mit dem Quartiersmanagement des Programms Soziale Stadt wahrnehmen.

Insgesamt gesehen bedarf es einer Anlaufstelle vor Ort, weil der lokale Bezug immer noch die beste Möglichkeit für die Menschen ist, Beratungs- und Hilfebedarfen gerecht zu werden, die sowohl mental als auch materiell keinen oder doch sehr erschwerten Zugang zu solchen Angeboten haben.

Für die SPD-Fraktion
Nicole Krämer